

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 33 / 43. Jg.

15. Aug. 1930

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freilag. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu bezieh. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.-Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-
schluß: Montag, Fernruf: B 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. - Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagsort Schkeuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Das Ringen um die Massen

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die politischen Parteien vor Parlamentswahlen, die auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes ausgefochten werden, um die Gunst der Massen werben. Diese Werbung zu den kommenden Wahlen am 14. September hat dadurch ihre besondere Note, daß sich politische Parteien, die der parlamentarischen Demokratie feindlich gegenüberstehen oder ihr gegenüber zumindest gleichgültig sind, die Massen für ihre parlamentarische Vertretung zu gewinnen suchen. Man sieht sich der erschreckenden Tatsache gegenüber, daß heute sämtliche bürgerlichen Parteien, die mit dem Schlagwort der „Bekämpfung des Marxismus“ in den Wahlkampf ziehen, im Fahrwasser des umstürzlerischen oder des trockenen Faschismus segeln. Nicht die Anwendung des Paragraphen 48 an sich, nicht einmal dessen verfassungswidrige Anwendung kennzeichnet diesen Faschismus, sondern die Tatsache, daß er angewendet wurde, ohne einen ernstesten Versuch gemacht zu haben, ihn zu vermeiden. Bei den bürgerlichen Parteien herrschte der Wille vor, die Vertreter der großen Arbeiterpartei von den Entscheidungen auszuschalten, und sie bedienten sich dazu des Mittels der Diktatur. In dieser schweren Prüfung des Parlamentarismus und der Demokratie kommt es allen Parteien darauf an, wieweit sie die großen Massen zu ihren Zwecken hinter sich haben. Ohne Massen ist auch eine Diktatur nicht möglich.

So stehen wir heute einem kompakten reaktionären Lager der bürgerlichen Parteien gegenüber, die, wie gesagt, der Stimmen der Massen bedürfen. Es ist die Frage, woher sie diese nehmen? Da die Arbeiter, Angestellten und Beamten das größte Kontingent der Wählermassen liefern, muß das Streben dieser Parteien auf deren Gewinnung gerichtet sein.

Was die große Masse der Handarbeiter anbelangt, so möchten die Rechtsparteien womöglich große Schichten von diesen für sich gewinnen. Trotzdem glauben wir nicht, daß die Umgruppierung der Parteien, die Übermalung der Parteischilder zur Gewinnung der Massengunst vornehmlich in dieser Richtung wirksam werden wird. Allerdings sind nicht nur in der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei, sondern auch in den bürgerlichen Parteien viele Arbeiterwähler, die sie behalten und vermehren wollen. Die Demokratische Partei, das Zentrum und die Nationalsozialisten haben auch Handarbeiter in ihrem Lager. Der Demokratischen Partei sind die Arbeiterwähler in ihrer großen Mehrzahl weggelaufen, trotz gut organisierter Gewerkschaften, die mit dieser Partei verbunden waren. Die Abschwenkung der Demokratischen Partei von der Front des sozialen Fortschritts, ihre Bekämpfung der sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft in den letzten Jahren und ihre offene Einheitsfront mit den reinen Unternehmerparteien war für die Arbeiter zu offenkundig, als daß sie ihre Stimme für diese abgeben könnten, zumal es ihnen klar wurde, daß die so-

ziale Funktion, die in früherer Zeit auch die Demokratische Partei inne hatte, restlos auf die Sozialdemokratie überging. Anders steht es mit den Arbeitern des Zentrums, die zwar in großen Scharen dieser sozialreaktionär gewordenen Partei den Rücken kehren, wo jedoch die Befehlsgewalt der Kirche wirkungsvoll genug ist, einen großen Teil der katholischen Arbeiterwähler bei der Stange zu halten. Die Handarbeiter im Lager der Nationalsozialisten dürften ebenfalls recht zahlreich sein. Nicht nur die Irreführung durch die verworrene Demagogie dieser Partei, vielmehr ihre enge Verbindung mit den Großunternehmern verschaffen ihr Arbeiterwähler. Diese Verbindung bedeutet einmal reichliche Geldzuwendungen, aus denen auch den Parteimitgliedern etwas zufließt. Vor allen Dingen wird mancher Arbeiter aus Angst vor der Entlassung oder in der Hoffnung auf Anstellung in Zeiten der grausamen Arbeitslosigkeit einer Partei zustoßen, die gute Verbindungen mit der Großindustrie unterhält.

Das Hauptgewicht der Bestrebungen der Rechtsparteien, sich Stimmen aus dem Lager der wirtschaftlich Abhängigen zu gewinnen, richtet sich trotzdem weniger auf die Arbeiter als auf eine andere Schicht, die dank der in der Wirtschaft der Nachkriegszeit erfolgten Strukturveränderungen an Zahl und an Bedeutung von Tag zu Tag gewinnt, an die Angestellten. Bei ihnen sollen die Aussichten dieser Parteien nicht ungünstig sein. Wieso ist diese widerspruchsvolle Erscheinung zu erklären, die Tatsache, daß Angestellte, die über die Unsicherheit ihrer Existenz im gegenwärtigen Kapitalismus tagtäglich Anschauungsunterricht erhalten und zudem ihr Leben aus Gehältern zu fristen haben, die ihnen die Führung eines Proletariershaushalts aufzwingt, sich den bürgerlichen Rechtsparteien verschreiben?

Man muß sich zunächst fragen, weshalb große Schichten des Mittelstandes immer mehr in die Bahnen des Faschismus einlenken. Der Ursprung des italienischen Faschismus gibt darauf eine eindeutige Antwort. Es war die Angst vor der Proletarisierung, das Streben, ein Absinken in das proletarische Dasein zu verhindern, was die stärksten Antriebe für den italienischen Faschismus lieferte, der als solcher eine ausgesprochene Mittelstandsbewegung war, wenn er auch seinen Geldgebern, dem landwirtschaftlichen und industriellen Großkapital, Trabantendienste zu leisten verpflichtet war. Je mehr Gruppen dieses Mittelstandes sich entwurzelten, je mehr ihr ererbtes Vermögen in der Inflation zerschmolzen war, je mehr sich ihr Lebensspielraum infolge allgemeiner Wirtschaftsnöte und Überproduktion an Kopfarbeitern verengte, um so entschlossener und rücksichtsloser wurde diese Bewegung, die die blutigen Erfahrungen des Krieges für die Anwendung ihrer brutalen Gewaltmittel wohl ausnützen konnte. Diesem Mittelstand war nicht nur die Angst vor dem Absinken in das Proletariat, sondern gerade

so der Aufstieg der Arbeiterklasse unerträglich, der Anspruch der Arbeiterklasse auf Mitregierung und Mitverwaltung im Staat, die Besetzung mancher einflußreicher Machtpositionen durch Arbeiter und die Schaffung von Existenzgrundlagen.

Diese Mittelstandsbewegung, die demnach sehr reale wirtschaftliche und soziale Hintergründe hat, kann jedoch nur dann zum Erfolg führen, wenn sie auch jene Elemente erfaßt, die früher noch dem Mittelstand angehörten, jetzt aber bereits proletarisiert sind. Diese Schichten müssen gewonnen werden dadurch, daß man für sie eine Ideologie zurechtlegt, ihnen den täuschenden Wahn suggeriert, sie seien in Wirklichkeit keine Proletarier, so daß sie sich scharf vom Proletariat abzugrenzen hätten. Man rechnet dabei auf wirksame psychologische Antriebe. Der Neid des schlecht bezahlten Angestellten gegen die in Anbetracht ihrer anders gearteten Lebensführung verhältnismäßig besser gestellten Facharbeiter wird entfacht. Als Ersatz für die gesunkene Lebenshaltung und verlorene Existenzsicherung soll diesen Schichten ein Ständedünkel eingepflegt werden. Und wenn auch das nicht ausreicht, treten für die Gewinnung dieser Schichten abenteuerliche kriegerische Ideologien in Erscheinung, damit der im Büro zerknirschte Angestellte sich als ein „Held“ im Dienste bestimmter „Ideen“, die ebenso verschwommen wie undurchführbar sind, fühlen kann. So soll die Angestelltenschaft vom versinkenden Mittelstand eingefangen werden und die Kastanien für ihre Aufputscher aus dem Feuer holen.

Die durch den Zusammenschluß der Demokraten mit dem Jungdeutschen Orden entstandene Staatspartei, diese merkwürdige liberal-faschistische Mischehe, kann unseres Erachtens ohne Berücksichtigung dieser Zusammenhänge schwer verstanden werden. Mag sein, daß ihren Gründern beim Zusammenschluß nur praktische Fragen der Wahltaktik vorschwebten. Auch mag zugegeben werden, daß ein, im übrigen sehr unwahrscheinlicher, Wahlerfolg dieser neuen Partei gegenüber einem Wahlerfolg der übrigen Rechtsparteien vom Gesichtspunkt des Parlamentarismus verhältnismäßig günstig wäre. Der Sinn der neuen Partei besteht jedoch darin, daß jene schwebenden Schichten, die von den Demokraten bereits wegliefen, wiedergewonnen und andere herangelockt werden sollen. Deshalb bedient sich die Staatspartei einer Ideologie, die der der Nationalsozialisten in dem Punkte ähnlich ist, daß beide an jene Ständesgefühle und abenteuerlichen Instinkte des versklavten Büromenschen appellieren.

Für die Sozialdemokratie ist es kein Leichtes, gegenüber dem faulen Zauber und Glanz dieser verlogenen Ideologien mit Erfolg anzugehen. Die Sozialdemokratie vertritt demgegenüber die wirtschaftliche und soziale Vernunft. Da sie Überwindung des Kapitalismus durch Überzeugung all jener,

die die Opfer dieses Systems sind, erwartet und nicht durch Anwendung von Gewaltmitteln, die unter den gegebenen Verhältnissen eine Niederlage des Proletariats im blutigen Bürgerkrieg zur Folge hätten, appelliert sie an die realpolitische Vernunft derer, die sich in proletarischen Situationen befinden und wird daher von denen bedrängt, die die an ihrem Schicksal Verzweifelten in eine Katastrophopolitik hineintreiben. Es ist die große Frage, ob in diesem Hexentanz der Verwirrung politische und soziale Vernunft und Gewissen zu ihrem Rechte kommen. Es war dem Sozialismus stets eigen, daß er eine unausgesetzte Aufklärungsarbeit zu leisten hatte. Vor den Wahlen wird es der größten Anstrengungen bedürfen, damit diese sozialistische Aufklärungsarbeit gegenüber den dämonischen Kräften, die zu einer Katastrophe hintreiben, das Feld siegreich behaupten kann.

Der „Interessentenhaufen“!

Der Reichstag ist aufgelöst! Über das Warum und Weswegen ist genügend geschrieben worden und wer noch nicht im Bilde ist, den dürfte in dieser Beziehung überhaupt nicht mehr zu helfen sein. Und trotzdem darf nicht nachgelassen werden in Agitation, Werbung und Aufklärung, weil sich gerade dieser Wahlkampf um die lebenswichtigsten Interessen des wertschaffenden Standes des deutschen Volkes gruppiert. Zur Kennzeichnung dieses Kampfes gehört aber nicht allein die Klarlegung von Zweck und Ziel, sondern auch die Charakterisierung der Parteien, die sich bei dieser Gelegenheit „preisend und mit schönen Reden“ den Wähler in Empfehlung bringen und um seine Stimme buhlen. Da diese Empfehlungen demagogisch drapiert sind und da es zu den ständigen Gepflogenheiten aller Feinde der Arbeiterklasse gehört, ganz besonders bei dieser Gelegenheit zu lügen, was das Zeug hält, deshalb erscheint es mir eine nützliche Aufgabe zu sein, den „Interessentenhaufen“ zu gliedern zum besseren Verständnis des Wirkens seiner einzelnen Gruppen.

Die *Deutschnationale Volkspartei* vertritt die Interessen der Schwerindustrie, der Großbauern und der wohlhabenden Landwirtschaft. Der Kern seiner überzeugten Anhänger ist monarchistisch orientiert. Der feudale Großadel gibt den Ton an und stellte zu Wilhelms glorreichen Zeiten die Offiziere des kaiserlichen Heeres. Besonders ausgeprägt ist die Steuerscheu dieser Kaste. Nachgewiesen kann werden, daß Großgrundbesitzer weniger Steuern zahlen als gewerbliche Lohnempfänger. Dafür sind diese Kreise um so begehrlischer in der Beanspruchung von Staatsmitteln, um ihrer „Not“ zu steuern. Diese Partei ist verantwortlich für die Zölle auf die wichtigsten Nahrungsmittel. *Ihre Kandidaten für den Reichstag nach ihrer gesellschaftlichen Stellung: Großgrundbesitzer, Adlige, ehemalige hohe Offiziere, hohe Regierungsbeamte.*

Die *Deutsche Volkspartei* ist die Interessenvertretung des Unternehmertums aller Kaliber sowie des Finanzkapitals. Diese Partei ist in erster Linie mit verantwortlich zu machen, für die schlechte wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Angestellten. Jeder Angriff auf die schwer erkämpften Lohn- und Arbeitsbedingungen geht von dieser Partei und ihren Interessentengruppen aus. Kartelle und Trusts als Instrumente der Preisdiktatur sind ihre Einrichtungen und werden von ihr verteidigt. Der Lohnabbauversuch und die unerhörte Belastung der breiten Schichten des Volkes mit neuen Steuern, geht ganz besonders von dieser Partei aus. Die Zertrümmerung der Arbeitslosenversicherung und aller Sozialgesetze ist ihr vornehmstes Ziel. *Ihre Kandidaten: Direktoren, Unternehmersyndizi, Finanzgewaltige, Industriemagnaten, Fabrikbesitzer.*

Die *Wirtschaftspartei* ist das Sammelbecken der Haus- und Grundbesitzer, des sogenannten Mittelstandes, der Kleinindustriellen, Gewerbetreibenden und Innungskrauter. Aus dieser Tatsache ergibt sich ihre kleinstädtische und durchaus reaktionäre Einstellung. Alles was nach Fortschritt, Kultur, Sozialpolitik, wirtschaftlicher und politischer Freiheit aussieht, findet in diesen Kreisen den erbittertsten Widerstand. Bei jedem Anschlag gegen Arbeiter, Angestellte und Beamte ist diese Partei führend und sie ist die erbitterteste Feindin gegen die von den Gewerkschaften getriebene Tarif- und Lohnpolitik. Mit „Wirtschaft“ hat das Tun dieser Partei nicht das geringste zu tun, wohl aber mit der Restauration ehemals bestandener Machtverhältnisse in Staat und Gesellschaft und mit der Erringung von Vorzugsstellungen des Besitzes zum Schaden der Schaffenden aller Stände. *Ihre Kandidaten für den Reichstag: Innungsobere, Hausbesitzer, mittlere Staatsbeamte, Richter, Rechtsanwälte, Syndizi.*

Die *Demokratische Partei, jetzt Staatspartei* getauft, führt ihren Titel zu großem Unrecht. Sie

verliert von Wahl zu Wahl an Vertrauen, an Stimmen und Mandaten. Von Demokratie kann schon um deswillen keine Rede sein, weil die Richtung ihrer Politik bestimmt wird von den Banken und vom Großhandel. Ihr Pendeln zwischen dem „Einerseits“ und „Andererseits“ hat sie zum Gespött aller politischen Denker gemacht. Sie gehörte im aufgelösten Reichstag zu den „Interessentenhaufen“ des Besitzbürgerblockes und war von ihren Geldgebern angewiesen worden, alle Anschläge auf den Lohn und die Einkünfte der Arbeiter und Angestellten mitzumachen. Ihr gegen die Interessen der breiten Schichten des Volkes gerichtetes Tun, verbirgt sie gern hinter „radikalen“ Phrasen. Dabei bedient sie sich der sogenannten „neutralen Presse“ mit Abonnentenversicherung. *Parlamentarisch läßt sie sich vertreten durch Bankdirektoren, durch die reaktionärsten Elemente des Großhandels, durch Vertreter der bürgerlichen „Wissenschaft“ und der bürgerlichen Klassenjustiz und durch einige Konzessionsschulzen aus dem Lager der ebenfalls bürgerlich orientierten Angestelltenverbände.*

Die *Zentrumsparlei* dient den Interessen des katholischen Klerus. Daraus ergibt sich, daß diese Partei eine Anhänglerin des Gegenwartsstaates sein muß und deshalb auch völlig einverstanden ist mit der wirtschaftlichen und politischen Entrechtung der arbeitenden und geistig schaffenden Schichten des Volkes. Ihr Tun nützt nur dem Klassenstaat und in der geistigen Niederhaltung des Volksganzen ist sie Meisterin. Sie bekämpft wütend jeden Fortschritt in der Erziehung der Kinder und fesselt ihre Anhänger durch Ausübung eines unerhörten Glaubens- und Gewissenszwanges an ihre Fahnen. In ihren Reihen findet man Großgrundbesitzer, Großindustrielle, hohe Staatsbeamte und hohe kirchliche Würdenträger. Im aufgelösten Reichstag stellte sie den Reichskanzler, dessen Aufgabe es war, gegen die Interessen der schaffenden Teile des Volkes zu regieren. Auch der Reichsarbeitsminister war ein Zentrumsmann. Er erklärte den ersten Lohnabbauentscheidungsanspruch für verbindlich und gab somit das Signal für die Lohnsenkungsaktion der Unternehmer. In seinem Ministerium wurden die Abbauanträge für die Arbeitslosenversicherung ausgearbeitet. Große Teile der Arbeiterschaft und Angestellten wurden durch das Tun dieses Mannes und dieser Partei schwer geschädigt. *Ihre Kandidaten: Prälaten und Dekane, Minister und staatliche Würdenträger, Juristen, Industrielle, Grundbesitzer und einige Vertreter der „christlichen“ Gewerkschaften.*

Die *national-„sozialistische“ Arbeiterpartei* ist eine Gründung des Unternehmertums und des Finanzkapitals. Ihre Aufgabe besteht darin, den Radikalisierungsprozeß in der Arbeiter- und Angestelltenschaft aufzufangen und in ungefährliche Bahnen zu leiten. In verlogener und demagogischer Manier macht sie in „Radikalismus“ gegen ihre eigenen Geldgeber, um breite Wählerschichten zu täuschen. Sie macht auch in „Patriotismus“ und versucht urteilsunfähigen Menschen einzureden, daß der Befreiungsprozeß aus den Fesseln des internationalen Kapitals auf nationaler Basis erfolgen könnte. Um vielen andern zu schmeicheln, die sich nicht anders zu helfen wissen, macht sie in Judenhetze, nimmt aber eben so gern von diesen „Rassefeinden“ Geld. — Im Auftrage ihrer Geldgeber beschimpft sie das Wirken der Gewerkschaften auf das gemeinste. Wo ihre Vertreter in den Parlamenten in der Minderheit sitzen, stellen diese unerfüllbare Agitationsanträge. Wo aber Gefahr im Verzuge ist, daß diese Anträge angenommen werden könnten, tut sie das Gegenteil. Bei den Sachsenwahlen vor einigen Wochen gebärdeten sie sich besonders „radikal“ und versprachen der ärmeren Wählerschaft alles mögliche. Als ihnen dann im Landtag Gelegenheit gegeben wurde, ihre Versprechungen einzulösen, stimmten sie mit dem Bürgerblock gegen die sozialistischen Anträge für Arbeitsbeschaffung bei Straßen-, Brücken- und Wasserbauten, gegen die beantragten Mittel für die wertschaffende Arbeitslosensicherung, gegen den Bau von Waldarbeiterwohnungen und gegen die Verpflichtung der Unternehmer, die Arbeitsnachweise zu benutzen. — Weitere Kommentare sind wohl nicht nötig. *Ihre parlamentarischen Vertreter: Allerhand politische Hasardeure, beschäftigungslose Offiziere, Abenteurer, Putschisten, „gelbe“ Arbeiterführer und andere mehr.*

Die *Kommunistische Partei Deutschlands* wird in ihrem Tun und ihrem Handeln angewiesen durch die gegenwärtigen Machthaber des russischen Staates. Sie muß sich bedingungslos den Erfordernissen der russischen Außenpolitik unterordnen und wird dafür finanziert. Das Handeln auf Anweisung, ohne Rücksicht auf die deutschen Verhältnisse und das damit verbundene Willkürregiment von Personen, die im Ausland ihren Sitz haben und niemandem verantwortlich sind, hat zu heftigen Kämpfen innerhalb dieser Partei geführt und sie innerlich gespalten. Führergarnituren lösen sich in unglaublich kurzer Zeit ab und die Richtungen und Sekten innerhalb des Parteigetriebes sind Legionen. Offener Widerspruch gegen die Anweisungen aus der russischen Zentrale wird nicht geduldet und mit sofortigem Ausschluß

beantwortet. *Auf Anweisung hat diese Partei alles gespalten, was sich die Arbeiterschaft in den Jahrzehnten ihres Werdens mühsam und mit großen Opfern aufgebaut hat. Politische Parteien, Gewerkschaften, Turn- und Sportorganisationen, freigeistige Verbände, Bildungsgemeinschaften und was sonst noch in der Arbeiterschaft vorhanden war, wurde gemäß dieser Wahnsinnstaktik in Stücke geschlagen. Wo das Wirken Erfolg hatte, blüht heute der Indifferentismus, und an der Stätte ihres ehemaligen Tuns sitzt heute die Reaktion und der Faschismus! Da sich die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei in allen Ländern gegen diese unternehmernützlichen Handlungen wenden, werden sie aufs gemeinste beschimpft und mit Schmutz beworfen. Die tätigen Funktionäre, Vertrauensleute und Betriebsräte werden dabei in ungläublicher Weise verleumdet. Das Zentralorgan dieser Partei hat die Lüge als notwendiges politisches Kampfmittel erklärt! — In allen Parlamenten stellen die Vertreter dieser Partei unerfüllbare Forderungen und Anträge, um dann bei der vorauszu sehenden Ablehnung ein unerliches Verrätergeschrei zu erheben. Dieses Tun findet den ungeteilten Beifall aller Kapitalisten. Das Verhältnis zu den Verantwortlichen des russischen Staates ist deswegen ein durchaus freundschaftliches, und mit der Reichswehr werden besonders herzliche Beziehungen unterhalten. Die parlamentarischen Anwälte der russischen Außenpolitik stammen hauptsächlich aus Literatenkreisen. Alles andere dient als Staffage.*

Die *Spplitterparteien*, die noch unter den verschiedensten Namen vorhanden sind, bedürfen keine besonderen Erwähnungen. Sie wurden meist nur geschaffen zur Täuschung der Wähler und sind wirklich Fleisch vom Fleische des vorstehend skizzierten „Interessentenhaufens“.

Nun entsteht die Frage: Können diese Parteien und die von ihnen präsentierten Kandidaten unsere Interessen wirksam vertreten? Ein ehrliches und überzeugtes „Nein“ muß die Antwort sein. Aus dieser, durch die harten Tatsachen der Wirklichkeit begründeten Einstellung lenkt sich logisch und zwingend der Blick auf

Die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands*. Diese große Massenpartei mit ihren weit über eine Million eingeschriebenen Mitgliedern und ihren weit über 9 Millionen Stimmen, die sie bei der letzten Reichstagswahl aufbrachte, ist mit den Gewerkschaften ideell verbunden und die größte politische Arbeiterpartei der Welt. Sie vertritt die Interessen aller wertschaffenden Schichten des Volkes und hat in Verbindung mit den Gewerkschaften Großtaten auf dem Gebiete der politischen Befreiung, der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung und der Umgestaltung des Staates aufzuzeigen. „Ohne Sozialdemokratie keine Sozialpolitik“ sagte schon ihr schärfster Gegner Bismarck. So ist es geblieben bis auf den heutigen Tag. Was dem Kapitalismus abgerungen werden konnte, zum Vorteile des Volksganzen, ist ihr Werk! Die Sozialdemokratische Partei erstrebt mit den Gewerkschaften die Ablösung der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Sie ist ständig mit Erfolg bemüht, allen schaffenden Volksschichten die Notwendigkeit dieses Tuns anzuerziehen. Sie lehnt die Ablösung der heutigen Verhältnisse durch Katastrophopolitik ab, weil sie weiß, daß eine neue Ordnung nur dann Erfolg haben kann, wenn die Mehrheit des Volkes von ihr überzeugt ist. Minderheitsdikaturen taugen nichts für dieses große Werk, da sie nur zu leicht in das Gegenteil umschlagen. Die sozialdemokratische Partei predigt aber nicht nur Endziel, sondern treibt Gegenwartspolitik wo sie nur kann. Nicht nur der zukünftige Bürger eines besseren Zukunftsstaates soll Erfolge ihres Wirkens haben, sondern auch der Bürger des Gegenwartsstaates. Da sie in den Parlamenten noch nicht über die absolute Mehrheit verfügt, muß sie ihr Gegenwartstum im Kampf mit dem Bürgerstum in den verschiedensten Formen zur Anwendung bringen. Wirtschaftliche Situationen und sonstige Verhältnisse im Gegenwartsstaat tun ein übriges, um den Kampf gegen den zur Zeit noch an Zahl stärkeren Gegner zu erschweren und nur schrittweise zum Erfolg kommen zu lassen. Daß die Politik dieser Partei richtig ist, beweisen die Erfolge bei den Wahlen, aber noch mehr das wütende Geschrei des „Interessentenhaufens“. *Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften sind die bestgehaften Organisationen von rechts und links. Das beweist besser, als es Worte vermögen, was diese Organisationen der Arbeiterschaft sind. Alle Verleumdungen des „Interessentenhaufens“ werden Partei und Gewerkschaften von ihrer für richtig gehaltenen Politik nicht abbringen. Deswegen kann für alle Arbeiter und Angestellte die aufgeworfene Frage, ob die Sozialdemokratische Partei die Arbeiterinteressen wirksam vertritt, mit einem aufrichtigen „Ja“ beantwortet werden. Kollegen, schließt euch alle dieser Erkenntnis an. Rüttelt Säumige auf und klärt besonders die Jungwähler und die Frauen und Mädchen auf! Was auf dem Spieltel steht, wißt ihr. Der Einsatz ist der Anstrengungen wert. Nutzt die Zeit bis zum 14. September und lernt aus den Anstrengungen der Gegner!* Lazarus.

RECHT UND GESETZ

Das Verbrechen an die Arbeitslosen

Nachstehend bringen wir die auf Grund des Diktats der Reichsregierung bereits am 1. August in Kraft getretene Verschmelzung der Arbeitslosenversicherung.

Der Beitrag steigt ab 1. August auf $4\frac{1}{2}$ v. H. des Lohnes. Begleitet wird dieses von erheblichen Verschlechterungen des Unterstützungsbezuges. Zunächst ist nicht mehr, wie bisher für die Feststellung der für die Unterstützungshöhe maßgebenden Lohnklasse der tatsächliche Arbeitsverdienst maßgebend, sondern künftig „darf für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse kein höherer Betrag zugrunde gelegt werden als der Grundlohn, der bei der Entrichtung der Beiträge zur Reichsanstalt zugrunde gelegt war“. Wollte man einer gelegentlich vorkommenden Unterversicherung steuern, so gab es andere Wege. Die Regierung zog es vor, den Bruch eines seit Jahrzehnten anerkannten Grundrechtes der deutschen Sozialversicherung einfach zu dekretieren. Die Folge wird sein, daß, wenn der Arbeitgeber zu gering versicherte, der Arbeiter um seinen Anspruch betrogen wird, denn nur die Höhe des Grundlohnes, der der Beitragsleistung entspricht, entscheidet die Höhe seines Leistungsanspruchs. Über die zeitraubende und kostenverschlingende Durchführung dieser Bestimmung und die arbeitsrechtlichen Auswirkungen im Falle einer Unterversicherung oder gar Nichtversicherung durch den Arbeitgeber wird hier noch mehr zu sagen sein, ebenso über die mehr als oberflächliche Gesetzesfassung, die juristische Zweifelsfrage verschiedenster Art aufwirft. Zunächst muß dafür gesorgt werden, daß die Versicherten angehalten werden, zu kontrollieren, ob der Arbeitgeber die Beiträge nach einer dem tatsächlichen Verdienst entsprechenden Lohnklasse entrichtet. Zu beachten ist, daß bei Kurzarbeit, auch wenn die Beiträge in einer dem Kurzlohn entsprechenden Lohnklasse entrichtet wurden, für die Versicherungsleistung die Lohnklasse zu rechnen ist, nach der bei Vollarbeit die Beiträge zu entrichten wären. — Die zweite Verschlechterung bringt die besonders vom Zentrum gewollte Senkung der Unterstützung für die Hälfte aller Arbeitslosen und gerade der bedürftigsten, der am schwersten von Arbeitslosigkeit Geplagten. Es erhalten diejenigen Versicherten, die „in den letzten 18 Monaten vor der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Erwerb der Anwartschaft folgt“ nicht mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben, nur verminderte Sätze. Gegenüber dem Regierungsentwurf ist hier eine geringe Verschärfung eingetreten. Es sinken die Lohnklassen wie folgt: 7 auf 6, 8 auf 7, 9 und 10 auf 8 und 11 auf 9. Auch über diese Bestimmung und ihre völlig mißgünstige Fassung ist noch Näheres zu sagen. — Arbeitslose, die das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erhalten nur dann Unterstützung, wenn ihnen kein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch zusteht.

Künftig scheiden alle „geringfügigen“ Beschäftigten aus der Versicherung aus, auch dann, wenn der Arbeitnehmer einzig vom Ertrag dieser Arbeit lebt und bei ihrem Fortfall in bitterste Not gerät. Als „geringfügig“ soll jede Beschäftigung gelten, die durch Arbeitsvertrag oder der „Natur der Sache“ nach auf nicht mehr als 30 Stunden wöchentlich beschränkt ist oder für die kein höheres Arbeitsentgelt als 10 RM. wöchentlich vereinbart oder ortsüblich ist. Kurzarbeit rechnet hierbei allerdings nicht als „geringfügig“. — Auch sogenannte „Wohlfahrtsarbeiter“ scheiden aus der Versicherung aus, wenn ihre wöchentliche Arbeitszeit nicht mindestens 32 Stunden beträgt und wenn sie nicht den tariflichen Lohn oder beim Fehlen einer tariflichen Regelung, den für die betreffende Arbeit ortsüblichen Lohn erhalten. Der Träger der öffentlichen Fürsorge soll berechtigt sein, im Einvernehmen mit dem zuständigen Arbeitsamt festzusetzen, „welcher Tarifvertrag für die Entlohnung der Fürsorgearbeiter Anwendung finden soll.“

Der berüchtigte § 89a hat eine Verbesserung erfahren. Es ist fortgefallen, daß der Arbeitslose auch dann keine Unterstützung erhält, wenn ihm zugemutet werden kann, seinen Unterhalt im Betriebe der „Geschwister“ zu erwerben. Im übrigen sind die Bestimmungen in all ihrer Ungerechtigkeit entweder bestehen geblieben oder sie sind sogar noch sehr verschlechtert worden. Bisher war nach dem Wortlaut der gesetzlichen Bestimmung die Voraussetzung für den Unterstützungsanspruch, daß der betreffende Arbeitslose auch wirk-

lich während der Arbeitslosigkeit durch Arbeit seinen Unterhalt erwarb oder erwerben konnte. Nur eine willkürliche und ungesetzliche Auslegung machte aus dieser Bestimmung eine unverholene Bedürftigkeitsprüfung. Jetzt wird die „Bedürftigkeitsprüfung“ durch Diktat der Regierung zum Prinzip erhoben. Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts soll nämlich „Richtlinien“ aufstellen, darüber, „unter welchen Voraussetzungen anzunehmen ist, daß jemand den erforderlichen Lebensunterhalt durch Arbeit (während seiner Arbeitslosigkeit) erwirbt oder erwerben kann“. Vernünftig durchgeführt, könnte scheinliches Unrecht, wie es heute vielfach gegen das Gesetz geübt wird, verhindert werden. Aber es ist zu fürchten, daß unverständige Mehrheiten in den Ausschüssen „Richtlinien“ aufstellen, die, wie die bisherige ungesetzliche Praxis, zum Versagen der Unterstützung führen, auch wenn der Betrieb dem Arbeitslosen keine Gelegenheit gibt, auch nur einen Finger zu rühren. Unsere Vertreter in den Verwaltungsausschüssen werden hier auf dem Posten sein müssen. Das Recht „Richtlinien“ aufzustellen, kann der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts auch dem örtlichen Ausschuß übertragen. Es ist ein Beschwerdeverfahren an den Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts, respektive an den Vorstand vorgesehen. Auf den ursprünglichen Vorschlag der Regierung, dem Versicherten, dem die Unterstützung versagt wird, wenigstens die von ihm geleisteten Beiträge zurückzahlen, verzichtet das jetzige Diktat. Es kostet Geld und trifft ja nur einen Armen.

Die Beschränkung der Unterstützung bei Doppelverdienern führt die Verordnung natürlich durch. Zwar kann ein mit einer hohen Pension oder einem hohen Wartegeld gesegneter Beamter noch 10000 RM. und mehr jährlich in der Privatwirtschaft verdienen, ohne daß ihm von seiner Pension oder seinem Wartegeld ein Pfennig gekürzt wird, wenn aber ein Versicherter arbeitslos wird, dessen Ehegatte ein Arbeitseinkommen von mehr als 35 RM. wöchentlich hat, so wird der 35 RM. Einkommen übersteigende Betrag von der Unterstützung des arbeitslosen Ehegatten abgezogen. Dieses soll nur dann nicht eintreten, wenn dem Arbeitslosen Familienzuschläge für zwei oder mehr Angehörige gewährt werden. — Sind beide Ehegatten zugleich arbeitslos, ohne daß ein Zuschlagsempfänger vorhanden ist, so wird die niedrigste von beiden Unterstützungen auf die Hälfte gekürzt.

Aber die Regierung kennt auch Verbesserungen. Die Bestimmung des § 98a, wonach durch Arbeitsunfähigkeit (Krankheit), ausfallende Arbeitstage auch dann keine Anwartschaft begründet, wenn das Beschäftigungsverhältnis fortbesteht, gilt künftig nicht mehr für Lehrlinge. — Im berüchtigten § 107c ist durch die Verordnung nunmehr klargestellt, daß „Pendelarbeiter“ nicht unter die einschränkenden Bestimmungen fallen. Die Unterstützung wird danach künftig nicht dem Lohnniveau des Wohnortes angepaßt, „wenn der Unterstützungsort derselbe Ort ist, in dem der Arbeitslose als Arbeitnehmer während der Dauer der Beschäftigungszeit gewohnt hat, der Arbeitslose sich täglich von dort zum Beschäftigungsort und zurück begeben hat und beide Orte einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet angehören“. Diese letztere Bestimmung mußte die Regierung noch schnell einschmuggeln, damit nur nicht die Vernunft vollends zur Geltung kommen konnte. Nun kann sich der Amtsschimmel wenigstens am Begriff „einheitliches Wirtschaftsgebiet“ festbeißen. Aber soviel Großmut der dekretierenden Reichsregierung mußte durch weitere Verschlechterungen an anderer Stelle wettgemacht werden. Dazu dient zunächst die Wartezeit, die künftig bei allen Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigte Angehörige 14 Tage betragen soll. Und weiter soll die Sperrfrist verlängert werden. Statt grundsätzlich bisher vier Wochen soll bei Aufgabe der Arbeit oder bei Nichtannahme von Arbeit die Sperrfrist künftig sechs Wochen betragen. Konnte sie bisher auf zwei Wochen verkürzt und auf acht Wochen verlängert werden, so sind diese Fristen künftig drei respektive zwölf Wochen. Neu ist hier übrigens, daß künftig von der Sperrfrist abgesehen werden kann, wenn der Versicherte seine Arbeitsstelle freiwillig aufgab, „um sich einem geordneten Ausbildungsgang zur beruflichen oder volkswirtschaftlichen Schulung zu unterziehen.“

Um die Mitwirkung der Selbstverwaltung möglichst zu beschränken, verordnet das Regierungsdiktat, daß sie künftig im Falle des § 91 ausscheidet. Nach § 91 kann für Arbeitslose unter 21 Jahren die Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig gemacht werden, sogenannte „Pflicht-

arbeit“. Bisher hatte der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes über die Durchführung der Arbeit „nähere Bestimmungen zu treffen, die Arbeiten auszuwählen und die Höchstdauer der Arbeit festzusetzen“. Beschlüsse zur Durchführung dieser Bestimmung waren nur wirksam, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Verwaltungsausschusses zustimmten. Unzuträglichkeiten sind dem Vorstand der Reichsanstalt zwar nie bekannt geworden, aber irgendein Beamter des Arbeitsministeriums argwöhnt, es könnten einmal Schwierigkeiten entstehen. Die Regierung dekretiert daraufhin, daß künftig die Verwaltungsausschüsse völlig auszuschalten sind. Oder will sie damit das Signal zu einer uferlosen und unkontrollierbaren Pflichtarbeit aller Arbeitslosen unter 21 Jahren geben? Will die Reichsregierung auf kaltem Wege die „Dienstpflicht“ einführen?

Bezüglich der Kostendeckung soll folgendes gelten: der Beitrag steigt auf $4\frac{1}{2}$ v. H. Für Betriebe oder Betriebsgruppen, für deren Angehörige die Arbeitslosenversicherung erheblich stärker als der Durchschnitt in Anspruch genommen wird, können die Arbeitgeber zu höheren Beiträgen herangezogen werden. Hiermit will man Arbeitgebern, die schrankenlos das Betriebsrisiko auf die Arbeitslosenversicherung abwälzen, drohen. Es wird bei diesem Schreckschuß bleiben. Bezüglich des nach § 163 notfalls zu gewährenden Darlehns soll künftig der Höchstbetrag der Darlehn im Haushaltsgesetz festgesetzt werden. (Für das Haushaltsjahr 1930/31 sind 140 Mill. RM. für Darlehnszwecke festgesetzt.) Außerdem setzt die Verordnung für das Geschäftsjahr 1930 (1. April 1930 bis 31. März 1931) einen Zuschuß von 184 Mill. RM. fest. Soweit die Kostendeckung. Was aber, wenn $4\frac{1}{2}$ v. H. Beitrag und der Zuschuß und das festbegrenzte Darlehn die anfallenden Kosten nicht decken? Und sie werden sie bei weitem nicht decken! Der Artikel 4 des Dekrets hat auch hier eine geniale Lösung. Obersteigt nämlich der Bedarf der Reichsanstalt die eigenen Mittel und reichen die vorgesehenen Zuschüsse und Darlehen zur Bedarfsdeckung nicht aus, „so gewährt das Reich für dieses Haushaltsjahr die Hälfte des Mehrbedarfs als Zuschuß“. Und dunkel fährt die Verordnung fort: „Der Rest (die andere Hälfte des Fehlbedarfes) ist durch Erhöhung oder Abstufung der Beiträge oder durch die Verbindung beider Maßnahmen zu decken.“ „Erhöhung“ ist klar, um so unklarer ist der Begriff „Abstufung der Beiträge“. Etwas derartiges kennt das Gesetz an keiner Stelle. Aber die Verordnung weiß Rat. Die Reichsregierung soll nämlich ermächtigt sein im Benehmen mit dem Vorstand der Reichsanstalt, „die hierzu erforderlichen Änderungen der geltenden Vorschriften festzusetzen“. Die Regierung spielt den Verschämten, sie möchte nicht klar herausragen, daß die „Saisonarbeiter“ mit höheren Beiträgen belastet werden können, aber sie baut weise vor, indem sie eine „Abstufung“ der Beiträge möglich macht. Schon die nächste Zeit wird den Vorstand der Reichsanstalt vor die Entscheidung stellen. Ein kleiner Taschenspielertrick, aber er entspricht dem Geist dieser Regierung.

Dieser Wechselbalg einer Reform der Arbeitslosenversicherung ist am 1. August in Kraft getreten. Wir können es nicht hindern. Aber wir können hindern, daß er je gesetzlich fundiert wird. Rastlose Agitation aller Gewerkschaftsmitglieder, Aufklärung aller Arbeiter muß erreichen, daß am 14. September ein Reichstag gewählt wird, der dieser Reichsregierung ihr Machwerk zerrissen vor die Füße wirft. Das kann nur erreicht werden durch die Wahl von Sozialdemokraten!

Eine gewaltige Organisation

Die Internationale Arbeitsorganisation, an deren Spitze das Internationale Arbeitsamt steht, setzt sich aus 55 Staaten zusammen. Außer den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Rußland gehören alle Staaten von Bedeutung dieser umfassendsten aller Organisationen an. Mit der IAO. kann nur noch die Internationale Handelskammer verglichen werden. Zu dieser gehörten aber im Vorjahre nur 45 Staaten. Die IAO. geht also in ihrer Ausbreitung über die größte Organisation des Unternehmertums hinaus. Hier ruht die Keimzelle für die Angleichung und stete Fortentwicklung der Sozialpolitik. Die IAO. ist der beste Garant des Friedens und der Zivilisation. Die Arbeiterschaft aller Länder ist lebhaft an der Entwicklung der internationalen Organisation der Arbeit interessiert.

VERBAND UND BERUF

Lohnabbau

Von Christian Ferkel.
III. Teil.

Ja, dagegen können wir nichts tun

Als die Gehilfen bei den Tarifverhandlungen erklärten, die Unternehmer sollen doch gegen die Preisschleuderer vorgehen, die das Gewerbe ruinieren, erklärte ebenfalls Herr Dr. Cr., daß sie dagegen ohnmächtig sind. Als wir uns bereit erklärten mitzuhelfen, sie sollen nur die Schädlinge aus ihrer Organisation ausschließen, wir als Gehilfen bringen sie schon zur Reison, da war verlegenes Schweigen, wo sonst viel Redseligkeit.

Nichts ist bezeichnender für die Unfähigkeit der Unternehmerorganisation auf diesem Gebiet als diese Erklärung, die allerdings nur eine einfache Bestätigung der Wirklichkeit ist. In ihrem Organ verstehen die Unternehmer zwar immer wieder auf der Gehilfenorganisation und ihren Vertretern herumzutrampelein, die zu kurzichtig wären um die Notwendigkeit des Lohnabbaus zu begreifen, ja sie hätten nicht den Mut, ihren Mitgliedern das klar zu machen, und zum Schluß sind sie unfähig, die ganze Materie überhaupt zu begreifen. Mit einer Überheblichkeit, die dem Unternehmerdünkel voll entspricht, wird über die Gewerkschaften gesprochen, aber selbst den Mut aufzubringen, gegen die Schädlinge am Gewerbe in den eigenen Reihen etwas zu unternehmen, ja Bauer, das ist auch hier etwas anderes. In den ganzen Darlegungen ihres Organs in den letzten Wochen ist nicht ein Wort gegen diese Elemente gerichtet, die bekannt sind wie bunte Hunde.

Es sei denn, wenn es von drüben nicht geschieht, dann von uns. Deshalb noch einige Beispiele wie am Anfang der Abhandlung.

* * *

Wir klagen an

Die Unternehmer zerstören das Gewerbe, und ihre Organisation, die diese Tatsache erkennt, steht hilflos beiseite. Gerechterweise sei betont, daß zwar eine Beratungsstelle eingerichtet ist, der besonders extreme Fälle von Preisunterbietungen mitgeteilt werden, die aber machtlos ist, weil sie nur beraten kann. Beraten heißt aber beim Unternehmertum, sich die Dinge anzuhören und weiterwursteln. Und gern will ich anerkennen, daß einzelne Unternehmer sich die größte Mühe geben, diesem Treiben zu steuern.

Wir klagen an

Der einzelne Unternehmer kümmert sich nicht im geringsten um das Gewerbe, er ist sogar bemüht, durch Niederringung seiner Konkurrenten, den Platz an der Sonne für sich allein zu erobern. Von Solidarität miteinander ist nur dann etwas zu merken, wenn es gegen die Gehilfen geht. Ein Direktor einer der größten Druckereien Deutschlands erklärte mir einmal: „Sie sollten einmal sehen, wie gefeilscht wird um Pfennige, wenn es um die Löhne der Arbeiter geht, und wie die Tausende fliegen, wenn es gilt die Preise zu drücken.“ Dabei schlug er die Hände über den Kopf zusammen.

Wir klagen an

Ein Auftrag einer großen Schulfabrik wurde von einer Firma für 90000 RM. kalkuliert. Diese Firma erhielt schon Vorhalt, daß sie zu billig sei. Jedoch eine andere Leipziger Firma — der Inhaber ist im Unternehmervorstand mit an leitender Stelle — unterbot den Preis und sie wurde noch einmal unterboten von einem Unternehmer, der mit zu den Schützlingen des Schutzverbandes gehört.

Wir klagen an

Eine Firma hat seit Jahren einen Kalender von I. G. Farben gedruckt. Man beachte genau, daß es sich bei den Bestellern um Riesenbetriebe handelt, die in der Lage sind, anständige Preise zu zahlen. In diesem Jahre liefert eine andere Druckerei am Platz denselben Auftrag um 19,50 RM. pro mille billiger.

Wir klagen an

Eine Firma bekommt für einen Auftrag im Jahre 1926 118 RM. pro mille, eine andere Firma liefert ihm 1930 um 65 RM. pro mille. Wollen Sie sich bitte, meine Herren, die Prozente ausrechnen, die hier unterboten sind. Was sollen hier noch 2 Proz. mehr oder weniger Lohn?

Wir klagen an

Eine Schokoladenpackung, 6 Farben, Gold und Prägung, wurde von der Firma X in L. zu 13 RM. pro mille, nach ihrer Angabe, auf das äußerste kalkuliert. Die Firma Y in H. aber liefert den Auftrag für 8,25 RM. pro mille. Als einmal die Gehilfenorganisation gegen die Praktiken dieser Firma vorgehen wollte, fand letztere eifrigste

Unterstützung der Unternehmervereiner. Und gerade diese Firma gehört zu den verrufensten selbst im ganzen Unternehmervorstand.

Noch mehr gefällig, meine Herren?

Wir klagen an

Die Unternehmer behaupten wider besseres Wissen, daß ein Lohnabbau notwendig ist, um die Preise zu senken und daß damit die Auftragsdecke zu vergrößern wäre. Sie verschweigen die nackte Wahrheit, daß die Preisunterbietungen so groß sind, daß gegen sie ein 10prozentiger Lohnabbau wirken würde wie ein Floh zu einem Elefanten. Sie sehen die Gefahr, die gegen das Gewerbe deshalb heraufwächst, stehen indifferent beiseite und bringen nicht den Mut auf, dagegen einzuschreiten. Sie wollen durch einen Lohnabbau eine wichtige Grundlage des Gewerbes, die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiterschaft zerstören. Sie sind sich klar darüber und trotzdem hetzen sie ununterbrochen gegen die Arbeiter und ihre Organisation. Die Unternehmer scheuen sich nicht, das Ergebnis der Produktion im Gewerbe zu verschleiern, sich gegenseitig zu vernichten und die Schuld den Gehilfen zuzuschreiben. Sie sehen immer nur ihr eigenes Ich und sind blind für das Interesse des Gewerbes. Nicht ein einziger neuer, fruchtbringender Gedanke steigt in ihnen auf, um aus diesem unhaltbaren Zustand herauszukommen. Können wir das von ihnen überhaupt erwarten?

Die Unternehmer machen schwarz, was weiß ist und weiß, was schwarz ist. Sie segeln im Fahrwasser der Scharfmacherverbände, obwohl sie sich energisch gegen diese Behauptung wehren. Wer noch im Zweifel war, braucht nur die letzten Nummern ihres Organs zu lesen, in denen alle alten und neuen Kalauer der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und ihrer Syndizis aufgewärmt werden. Das, was nach innen faul und morsch ist, darüber wird gewissenhaft geschwiegen.

Wir aber werden reden!!!

Reich oder arm?

Wir sind ein armes Volk, wir können uns den „Luxus“ der „hohen“ Löhne in Deutschland nicht gestatten, so plärren täglich in ihrer Presse die, die Millioneneinkommen haben und deren Luxus aufreißt, um mit den Fäusten dazwischen zu schlagen. Es steht ihnen wirklich gut zu Gesicht! Doch auch diesen Dingen kommen wir mit Entrüstung nicht näher. Wir sind reich, so reich, daß wir im Reichtum ersticken, und es ist paradox, daß gerade dieser Reichtum es ist, der die ungeheure Not hervorruft. Es ist so, wie vor rund 100 Jahren, als Gladstone im englischen Parlament auf den märchenhaft wachsenden Reichtum verwies, an dem die Masse des Volkes keinen Anteil habe. Worin besteht der materielle Reichtum eines Volkes? — und nur auf diesen kommt es in diesem Zusammenhang an. Untersuchen wir einmal.

An Produktionsmittel

Es steht heute unumstritten fest, daß Fabriken, Maschinen, Werkzeuge usw. in einer Menge vorhanden sind, die ausreichen würde, um das ganze Arbeitslosheer aufzusaugen, wobei jedoch eine unterschiedliche Aufnahmefähigkeit der einzelnen Industrien zu beachten ist.

An Rohstoffen

Kein Mensch wagt zu behaupten, daß an irgendeinem Rohstoff in der Welt ein Mangel ist. Kohlen liegen in Ummengen auf den Halde, die Gruben müssen Feierschichten einlegen. Öle: die Weltkonzerne raufen um die Absatzplätze wie beim Eisen und Kupfer. Gummil: die Erzeugung ist auf eine Menge angewachsen, daß mit Einschränkung des Plantagenbaues gerechnet werden muß. Wolle und Baumwolle: die Welt weiß nicht wohin damit.

An Lebensmitteln

Die sogenannte Not der Landwirtschaft hat ihre Ursache in den zu reichlichen Ernten der letzten Jahre. In Deutschland werden Getreide gemacht, die die Bevölkerung zum stärkeren Verbrauch des Roggens bringen sollen. Fleischeinfuhr ist durch die Zölle und durch Verbote fast gedrosselt. Zucker in ungeahnten Mengen. In Amerika liegen noch 6 Millionen Tonnen Weizen alter Ernte und schon reift auf der ganzen Erde eine neue heran. Brasilien hat vor kurzer Zeit eine Schiffsladung Kaffee ins Meer versenkt, um die Preise zu halten. Und auf der Welt hungern 50 Millionen Menschen wegen Arbeitslosigkeit.

An anderen Bedarf des täglichen Lebens

Kleidung, Wäsche, Schuhe, Möbel usw. In den Lägern Deutschlands liegen nach Professor Hirsch allein für 30 Milliarden Reichsmark Waren. Welch eine Fülle von Reichtum! Dem hungernden und frierenden Proleten wird diese beste aller Welten immer deutlicher sichtbar. Was frü-

her eine Geheimwissenschaft der Besitzenden war, wird immer mehr ans Tageslicht gezerrt und schärfer denn je hebt sich die Fratze des Kapitalismus ab.

Und an Geld

Setzen wir eine Außerung der „Voss. Zeitung“ vom 17. Mai 1930 an den Anfang.

„Das Kapital rotiert nicht mehr frei in der Weltwirtschaft. Es schafft keine neue Arbeitsmöglichkeit, es rationalisiert, fusioniert, kartelliert, stützt Morsches und beleibt sinnwidrigen Überschuß. Damit die Sinnlosigkeit des ganzen Apparates möglichst lange Geschäftsgeheimnis der Direktionsitzungen bleibt. Das Geld wird billig für kurze Fristen, bleibt aber teuer, wenn es sich auf lange Sicht zu zweckvoller Arbeit festlegen soll. Es durchpulst nicht mehr wie ein junger Blutstrom alle Adern der Wirtschaft, sondern sammelt sich unentschlossen als zähklebriger Schlagfluß in den Wasserköpfen. Die Börsenmagnaten sind reizbar wie die Tiger und furchtsamer als die Hasen. Blaß und übernächtlich klettern sie aus ihren Limousinen, und ihr Lächeln zeigt nur den mystischen Glauben an das historisch garantierte Auf und Ab der Konjunkturen, das zu beruhigenden Träumen einlullt wie die langen Wogen des Ozeans. Aufwachen, große Reveille!“

Also Geld ist genügend vorhanden, es hat sich nur in den „Wasserköpfen“ gesammelt, es fließt nicht dorthin wo es notwendig ist. Produktionsmittel, Rohstoffe, Arbeitskräfte und das Geld als Verbindungsmittel können nicht zusammengeführt werden, weil eine unfähige, überalterte „Ordnung“ das unmöglich macht. Die Diskontsätze an allen wichtigen Plätzen sind seit Herbst 1929 ununterbrochen gesunken, in Deutschland von 7½ auf 4 Proz., und Fachleute bezeichnen ihn immer noch als zu hoch. Das Abgleiten begann just zu dem Zeitpunkt, als das Geschrei der mangelnden Kapitalbildung am größten war. Von da ab ging es nicht mehr, diesen Schwindel fortzusetzen, und deshalb der neue vom Preisabbau.

Jedoch eine andere Tatsache muß hier noch mit erwähnt werden, damit das Bild noch eine Abrundung bekommt. Die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland. Die Schätzungen liegen heute zwischen 6 und 15 Milliarden Reichsmark. Ganz systematisch wurde von den Besitzenden der deutsche Kapitalmarkt geschwächt zu dem ausgesprochenen Zweck, sich von den Steuern zu drücken. Stegerwald, der seine Pappenheimer sicher kennen wird, hat noch Anfang Juni vor der Berliner Presse erklärt:

„Sozial und am gerechtesten wäre die Einführung eines allgemeinen Notopfers gewesen in Form von Zuschlägen zur Einkommensteuer. Damit wäre aber bei der deutschen Kapitalverknappung die Kapitalflucht begünstigt worden.“

Es ist also selbstverständlich, daß die Besitzenden von gerechten Steuern verschont bleiben, weil sie sonst ihr Geld ins Ausland verschleppen. Freilich, der Prolet kann nicht ausweichen, deshalb muß er eben bezahlen. „Wer soll es denn sonst tun“, rief ein Wirtschaftsparteiler im Sächsischen Landtag. Nichts beleuchtet besser die verkommenen Steuermoral dieser deutschen Kreise, die sich so gerne Patrioten nennen. Jüngst glaubte ein Unternehmer bei einer Auseinandersetzung, die ich mit ihm hatte, einen besonderen Trumpf auszuspielen, als er mir vorhielt, daß unter dem Regime Hilferdings 11 Milliarden Mk. ins Ausland flüchteten und Deutschland dadurch eineinhalb Millionen Mk. Steuern einbüßte. Auf meinen Vorhalt meinte er: „Die wären schön dumm, wenn sie es nicht täten, Patriotismus sei, das Vermögen zu erhalten.“ Und dieser Mann würde jedem an die Kehle springen, der an seiner schwarzweiblichen Gesinnung zweifeln würde. Und ein anderer Leipziger Unternehmer hatte im Frühjahr 1929, als das Gespenst einer neuen Inflation sich auch nur andeutungsweise zeigte, nichts eiligeres zu tun, als nach der Schweiz zu fahren, um sein Geld in Sicherheit zu bringen. Das hielt ihn aber nicht ab, in diesem Jahre zu Ostern bei der Freisprechung der Lehrlinge vor versammeltem Personal von Not- und Opfergemeinschaft zu sprechen, Fichte zu zitieren, um am Schluß die Ausgelernten mit ein paar Floskeln des Bedauerns zu entlassen.

Nicht weil mein Material erschöpft ist, sondern weil ich den Raum der „Gr. Presse“ schon über Gebühr in Anspruch genommen habe, sei für heute Schluß.

Tarifamt für das Deutsche Chemigraphie-Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe

Der Arbeitsnachweis in Hamburg wird prinzipalseitig von Herrn Arthur Heyer, gehilfensseitig von Herrn Werner Müll gemeinschaftlich verwaltet.

Berlin SW 61, den 30. Juli 1930.

I. A.: Rich. Köhler, Geschäftsführer.

LITERATUR UND KUNST

Kunst, Dichtung und Arbeit

Von *Walther G. Oschlewski*.

Nach einer alten marxistischen Weisheit ist bekanntlich der kulturelle Überbau der Gesellschaft nicht ohne den ökonomischen Unterbau denkbar, ersterer ist von letzterem in irgend einem Sinne abhängig; es besteht eine Wechselwirkung, das ist richtig, aber das Problem, das damit angedeutet wird, erschöpft sich nicht in diesen populären Formulierungen, sondern ist in der Vielfältigkeit der Einsichten und Folgerungen, hier, wo es sich um die Erklärung und Bestimmung intuitiven und schöpferischen Empfindens und Ausdrucks handelt, um ein Beträchtliches komplizierter. Die marxistischen Grundlehren auf ein von ihnen verhältnismäßig noch wenig kontrolliertes Gebiet kulturellen Geschehens angewandt, erschließen jedoch dem willigen Betrachter eine ungeheure Welt menschlicher Arbeit und menschlichen Empfindens in ihren Gesetzmäßigkeiten und helfen somit eine größere Anteilnahme diesen stets verpönten Beziehungen zwischen Kunst und manueller und körperlicher Arbeit gegenüber verursachen. Wer noch vor etwa 50 Jahren die heiligen Bezirke der Kunst und Dichtung nur mit den sprachlichen Mitteln einer im Alltäglichen gepflegten Erlebnis- und Betrachtungsweise zu betreten oder Kunst und Dichtung als revoltierendes Element einer versklavten Menschenschicht zu proklamieren gewagt hätte, wäre als unliebbarer Außenseiter, als Zerstörer, als Gossenheld gescholten worden. So wurde Kunst und Dichtung zu einer ästhetischen Formenspielerlei, zu einer Luxusangelegenheit und zum Lakaiendienst des Hofes und des Bürgertums erniedrigt, also des Wertes ihrer wirklichen Bedeutung entbunden; in Ermangelung einer überragend künstlerischen und menschlichen Gesinnung wurde sie nicht zum Propheten und Kündler ihrer Zeit — die Lebens- und Leidenswelt des Proletariats hat sie — von wenigen Ausnahmen abgesehen — nicht umfassen wollen. Wir plädieren nun keineswegs für eine einseitige, lediglich aus parteipolitischer Notwendigkeit verlangte Zweckkunst (obwohl wie die Beispiele Daumier, George Grosz, Upton Sinclair und Erwin Piscator, um nur wenige bekannte Repräsentanten zu nennen, beweisen, daß es sich sehr wohl dabei um überragende, künstlerische Schöpfungen handeln kann); wir notieren lediglich die Unterschlagungen und Verlogenheiten, die sich Maler und Poeten die Zeiten hindurch zuschulden kommen ließen. Das ist unsere Kritik.

In der modernen Kunsterörterung versuchte der bekannte Kunstschriftsteller Wilhelm Hausenstein schon vor langen Jahren, die Malerei in zwei nebeneinander geordnete Betrachtungs- und Unterscheidungsmöglichkeiten einzuteilen; er unterschied in der bildenden Kunst das stoffliche und das formale Prinzip, er grenzte beide Prinzipien voneinander ab und skizzierte somit die Grundlagen einer künftigen Soziologie der Kunst, und zwar die der Formen (Material, Methode, Stil) und die der Themen (Darstellung). Diese stil- und themensoziologische Einordnung eines Kunstwerkes, d. h. die Ergründung ihrer Gesetzmäßigkeit und Souveränität im Verlauf der künstlerischen Entwicklung vom Ornament der primitiven Agrardemokratien der Germanen bis zum Genre- und Porträtbild des bürgerlichen Zeitalters, ferner die Einbeziehung der Gemeinschaft in den Lebensrhythmus eines Bildes, hat Hausenstein z. T. in einigen seiner früheren Schriften „Die Kunst und die Gesellschaft“, „Bild und Gemeinschaft“, „Der nackte Mensch in der Kunst aller Zeiten“ zu bestimmen oder doch anzudeuten versucht. Obwohl seine frühere, ein wenig barocke Schreibweise (in der „Leipziger Volkszeitung“ nannte man sie seinerzeit vortrefflich: Grünspanstil) eine größere Wirkung erschweren half, so ist doch diese Vorarbeit mit Recht dankbar begrüßt worden. Lu Märten, die schon ein bedeutsames Stück weitergeht, bemüht sich (in ihrem Buch „Vom Wesen und der Veränderung der Künste“, Verlag für Literatur und Politik) um die vom historischen Materialismus ausgehenden theoretischen Grundlagen einer künftigen marxistischen Kunstgeschichtsschreibung, die sich aber leider einem gefährlichen Doktrinarismus nähert. In Nachbarschaft dazu stehen die vortrefflichen Schriften des Mittleren neuer Kunst, Adolf Behne, „Von Kunst zur Gestaltung“, „Die Überfahrt nach Schreckenstein“, beide Arbeiterjugend-Verlag, Berlin. Ferner sei an Margot Rieß („Der Arbeiter in der bildenden Kunst“), Friedrich Wendel (Baluschek-Monographie), Anna Siemsen („Politische Kunst und Kunstpolitik“, E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin), Erich Knauf (in seinem vortrefflichen Buch „Empörung und Gestaltung“, Büchergilde Gutenberg, Berlin), Eduard Fuchs (ganz vorzüglich in seinen Daumier-Publikationen) erinnert. Alle diese Arbeiten sind weniger grundsätzlichen als kämpferischen wendungen, im besten Sinne pädagogischen und darstellenden Charakters. Daumier, Millet, Steinlen, Meunier, van

Gogh, Th. Th. Heine, Barlach, Käthe Kollwitz, Masereel, Zille, Grosz, Baluschek sind den oben genannten Autoren Anlaß zu ihren lebendigen und wertvollen Betrachtungen; beide, Künstler und Mittler, werden zu Deutern der proletarischen Umwelt, zu Kampfgenossen der arbeitenden Menschheit.

* * *

L'art pour l'art (Art für die Art, Kunst für die Kunst), das war das esoterische Glaubensbekenntnis einer verspielten, überkultivierten Menschenschicht; Kunst der Salons, der Logen, der Toiletentische. Selbstverständlich hat diese Kulturherrschaft einer schon dekadenten Aristokratie und eines übersättigten Bürgertums auch Kunst, und wenn man will, sogar große Kunst hervorgebracht (man denke nur an das Barock und Rokoko). Aber diese Kunst — und in erweitertem Maße Gesellschaftsformen — waren doch nur unter Ausschluß des überragend größten Teiles des Volkes existent, waren nur Kulturgut der sogenannten „Creme der Gesellschaft“. Gerade weil diese dieses Volk, daß zu allen Zeiten unter der Last und dem Fluch seiner unfreien Arbeit zu leiden hatte, ignorierte, konnte sie auch nicht mit seiner Anteilnahme rechnen. In diesem Sinne ist die bildende Kunst, das Theater, die Dichtung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Jahrhunderte hindurch nur der Ausdruck der jeweilig herrschenden Klasse (der Kirche, des Feudalismus, des Bürgertums) gewesen. So war es ganz in der

sich in den kleinen Gerngrößen und verkannten Klassikern in Miniaturformat auszudrücken bemühte, wurde läblicherweise von einem barbarischen, „unkultivierten“ Lebenswillen weggefressen: Fleisch wurde wieder Fleisch und durfte in aller blutbespritzten Animalität wieder beschrieben werden, Erde blieb Erde: man sollte den Geruch der Hinterhäuser, den bitteren Gestank eines billigen Schnapses, den Schweißdampf der Arbeitenden in den Nasen haben. Das waren keine Wohlgerüche für die parfümierten Salondichter und Goldschnittliteraten, aber dem arbeitenden Volke erwachsen Gleichgesinnte, die das Tempo der Massen beschleunigen oder doch wenigstens ihrer materiellen und geistigen Not dichterischen Ausdruck zu geben halfen.

Mit dem Naturalismus begann somit die so gern von wohlmeinenden bürgerlichen Literaturprofessoren versteckte, ihrer Gefährlichkeit wegen gemiedene Hinterwelt des Lebens sichtbar zu werden. Was zwischen Aufwachen und Schlafengehen lag, dieses Eingeschluckte von Fabriken, Werkstätten, Büros, dieses Dasein voll Schweiß, zersressener Haut, Ruß in den Haaren, dieses Leben auf Feuer und Tod, Verbrennen und Zerschrotetwerden ward zu einer unheimlichen, schrillen Symphonie. Geduckt, getreten, Hund geheißen, war das arbeitende Volk nur Gast, nur geduldet im eigenen Volke. Die proletarischen Massen, die die Maschinen zerstörten, die Fabrikherren verjagten, deren Unmut in Streiks, Aufständen, in Demonstrationen explodierte, die tagtäglich Schaffer waren, Kulis, Werkzeug, stellten sich trotzigen gegen die Arbeit, mußten sich gegen sie stellen. Ihnen war das Werk nicht das Gut, das sie bereitet hatten, um es mit Segen und Wahlspruch in die Welt zu senden, ihnen war jedes Stück Stahl, jeder Hammer, jede Maschine, jeder Fetzen Leinwand, Feind, Zerstörer ihres Selbst. Zehn- bis vierzehnstündige Werkzeit haben das Proletariat von der Arbeit entfremden helfen. Ihm war sie nicht Dienst mehr, sondern Muß, Erwerb und Qual. Entwurzelt, hinabgedrückt zu einer gestalt- und gesichtslosen Masse von Verdienern, beschränkt in jeglicher gesunden Lebensmöglichkeit, wurden die Schaffenden zu einem besitzlosen, in diesem Sinne „arbeitsfeindlichen“, resignierenden Teil des Volkes.

Mit der Entstehung einer sozialistischen Partei und mit der Gründung gewerkschaftlicher Organisationen als Mittel der Abwehr, der Pflege der Solidarität, der Führung des wirtschaftlichen Umbaus der Gesellschaft hat die Arbeiterschaft nicht nur ihre Vertretung gegenüber der bürgerlichen Klasse gefunden, sondern sich als eine eigenständige Macht des Volkes, als eine zu den Institutionen des Staates aggressiv eingestellte Macht erwiesen, die in der Folgezeit auch an der Durchdringung des staatlichen Organismus mit sozialem und demokratischem Geist lebhaften Anteil nimmt. Aus dem resignierenden, im eigenen, dumpfergebenen Schicksal fast untergegangenen Viel ist ein starkes, selbstbewußtes, aufbaufrüdiges Proletariat entstanden. Der Typus des heutigen modernen Industriearbeiters, vor allem der Großstädte, unterscheidet sich von dem Proletariat eines Frühkapitalismus vornehmlich in der größeren Elastizität seiner sozialistischen Weltanschauung, in dem Willen, dieser Weltanschauung in ihrer ganzen Tiefe und Weiträumigkeit Wirkung und Recht zu verschaffen. Was früher blinde Wut in die Massen setzte, jener psychologisch zu Recht bestehende Haß gegen die enteelte und enteulende Arbeit, die einem das Fleisch zu einem Klumpen Blut und Zadder preßte, ist heute Bewußtsein, Auflehnung, organisatorisch und theoretisch regulierte Kampfmethodik geworden. In den opferreichen Jahrzehnten seiner Entwicklung hat das Proletariat gelernt, daß es lächerlich und sinnlos ist, die Maschinen zu zerstören, unvorbereitete, aussichtslose Streiks und Revolutionen zu beginnen, weil gerade die Macht der Herrschenden nur durch die straff organisierte Gegenmacht des Proletariats zu brechen ist. Nicht Zerstörung, sondern Eroberung der Maschinen, der Fabriken, des Staates, der Kultur ist die produktive Aufgabe.

Alle pädagogischen Bemühungen seitens der bürgerlichen Volks- und Berufsbildung, der Unternehmer, des Staates, die Arbeiterschaft in ein behaftendes Verhältnis zur Abwehrarbeit zu setzen, sind (falls diese Erwerbslosigkeit nicht durch einen aus Neigung oder Veranlagung entspringenden Beruf erträglich wird) lächerlich, da sie in einem psychologischen Irrtum befangen bleiben und werden scheitern, solange die Unternehmerschaft ein unsozialer, undemokratischer Funktionär der kapitalistischen Gesellschaft ist. Die Weisheit ist einfacher, als es bürgerliche Professoren wahr haben wollen. Man gebe Licht, Luft, gesunde Wohnungen, Freizeit, ausreichende Entlohnung, gute Fachschulen, lasse der Arbeiterschaft begreiflich werden, daß der Staat, den sie erhalten hilft, ihr Staat, ihre Form der Lebensgesetzlichkeit werden soll, und man wird Raum

Ferbrogene Brücken

*Aus wilder Fremde tehr ich mich zuüdt
Und suche müden Blicks,
Vom Heimatland ein sonnbeshienen Stüd
Des fortgestoß'nen Glüds.
Ein wallend Reer von grauen Nebeln fällt
Zu meinen Füßen hin;
Und Reeresbrandung trennt mich
von der Welt,
Der ich entflohen bin.
Entfessen saßt mich; gletig hüllt mich ein
Ein unbegrenztes Reer.
Und zaubernd steß' ich auf dem
schmalen Stein:
Wohin? Wo tam ich her?*

Ordnung, wenn alle diese schöpferischen Kulturleistungen immer mehr und mehr zu einer nur musealen Bedeutung herabsanken. Aber auch Museen und Bibliotheken bequchten sich erst reichlich spät, Kunst- und Dichtwerke, die auch nur die geringste Andeutung eines revolutionären Willens bemerken ließen, in sich aufzunehmen. (So durfte z. B. sogar noch unter der Regierung Wilhelm II., auf dessen kunstdilettantisches Konto unter anderen auch die Marmorbäckerei der Berliner Siegesallee kommt, das schöne, für unsere heutigen Vorstellungen reichlich zahme Blumenbild des Franzosen Manet, lange Zeit nur im Privatzimmer des damaligen Leiters der Nationalgalerie, von Tschudi, hängen. Es galt in formaler Beziehung als zu revolutionär, um als Vertretung der gerade aufkommenden Impressionisten in der Galerie einen frischen Geist einzuleiten, den Wilhelm II. und seine lebens- und weltfremden Kunstbeamten durchaus nicht vertragen konnten.)

Erst am Ende des 19. Jahrhunderts beginnt sich eine neue Front der Abwehr und der Verkündigung neuer Kunst- und Lebensinhalte zu bilden. Wir haben schon oben von den Neuorientierungen innerhalb der bildenden Kunst gesprochen, wir wollen jetzt im Rahmen dieser kurzen Erörterung den oppositionellen revolutionären Willen der Dichtung jener Zeit Revue passieren lassen. Da war es vor allem das verdienstvolle Bemühen der Naturalisten gegen Ende des vorigen Jahrhunderts das Dasein mit allen seinen Schmutzigkeiten, Tiefen und Abgründen in die Lebenswelt eines Dichtwerkes einzubeziehen. So vor allem Zola, Dostojewski, Gorki, Arno Holz, Johannes Schlaf, Kreutzer, der junge Gerhart Hauptmann. Wohl ein jeder von ihnen, in der Bedrängnis, dem Wort wahren Sinn und wirkliche Bedeutung zu geben im Temperament und Können unterschiedlich begrenzt, waren sie jedoch geeint in dem Bewußtsein der Notwendigkeit, Wahrheit, rücksichtslose Wahrheit zu geben. Nach einem Jahrhundert bestillierter, formal-gekonnter Spielereien einer bis zur Ermüdung überspitzten Lebenskultur, verwurzelte sich dieser Naturalismus in einer wirklichkeitsnahen Erdhaftigkeit. Was

zur Freude und schöpferische Lust zu Arbeit gehen.

Diese seelische Tragik des Berufslebens, die soziale des Arbeitermüssens und der Aufblick in eine hellere Zukunft fanden in Gerhart Hauptmanns „Weber“, in den großen Arbeiter- und Gesellschaftsromanen der Zola, Sinclair, Gorki, Andersens Nexö, Jack London Aufrihrer, Richter, Kämpfer und Gläubige. Alle diese Dichtungen einer harten, wirklichen und unsentimentalen Welt, die alle die Rückseite des Lebens endlich einmal wahr haben wollen, sind Zeugnis dessen, was auch lebt, schafft, eine ungeheure Macht ist, die sich empört, schreit und kämpfen will. Sie sind noch weniger das Zeugnis der Arbeit selbst, als die Auflehnung gegen sie.

Auch die Arbeiterdichtung der neueren Zeit, die durch Barthel, Bröger, Lersch, Engelke, Preczang u. a. m. den Eintritt der schöpferischen Kräfte des Proletariats in die Kulturentwicklung bekundet, hat die unbarmherzige Gewalt der immer mehr mechanisierten Erwerbsarbeit durch Vers, Chor und Prosa in die Herzen und Hirne der Völker getrommelt.

Karl Bröger singt hoffnungsfroh: „Ja, so wird es einmal sein: Die Fabrik zu unseren Füßen, muß uns als Gebieter grüßen und wir schreiten froh hinein“. Aber zu den Wenigen, die trotz aller Not ganz eingegraben sind im Werk, das sie lieben und hassen müssen, gehört der Dichter und Kesselschmied Heinrich Lersch. Erst er hat dem Proletariat den wahrlich sieghaften Geist, der auch die Fesseln der unfreien Arbeit sprengen wird, geschenkt. Die Litanei, in der noch ein gut Teil der sozialen und proletarischen Dichter befangen sind, wird abgelöst durch den hellen Gesang des Werkwillens, der Eroberung des Werkes, der Selbstbefreiung der Arbeit durch die Arbeit. „Dank dir, Schicksal, dank dir, daß du in meine Hände einen Hammer gabst.“ Lersch ist besessen von den Elementen seines Berufes. Das Herz des Volkes mitzuschmieden, darum schafft und dichtet er. Sein Buch „Mensch im Eisen“ (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart), das auch im nächsten Jahr in Neubearbeitung in der Büchergilde Gutenberg erscheinen wird, ist keine Erzählung eines individuellen Schicksals, es ist die Geschichte des Leids und der Freude, des Seins und Werdens eines ganzen Volkes! Hierin dampft es aus allen Röhren, es klirrt und zischt das glühende Metall. Das ist auch die Schmiede der Gegenwart, Meister und Gesellen sind eines Sinnes. Wir sind es alle, werkfreudig hämmern wir uns die Welt, unsere Welt!

Kampf gegen die „Bonzen“

Der Kampf gegen die „Bonzen“ und das „Bonzentum“ beginnt nachgerade zur großen Mode im deutschen politischen Leben zu werden. Keine Führerschaft ist in den letzten Jahren derartig angefeindet und mit Schmutz beworfen worden, wie die der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiterschaft. Indifferente Spießer, grüne Nazi- oder Rotfrontlumpen, aber auch allerlei Literaten, mit und

ohne Ruf, mit spitzer oder ungewandter Feder, die von ihrem Schreibtisch aus Politik machen, jeder erlaubt sich ein Urteil über die „Bonzen“. Niemand außerhalb der Arbeiterbewegung kennt aber die Schwierigkeiten, die mit der politisch wirksamen Führung großer Massenorganisationen verbunden sind. Keiner jener Intellektuellen und Literaten, ist sich jemals klar geworden über die sozialen Bedingtheiten und den Verlauf der geistigen Entwicklung, die die heute am Ruder befindliche Generation der Arbeiterführer hinter sich hat.

In Nr. 2 der „Vierteljahrshefte der Berliner Gewerkschaftsschule“ beleuchtet Fritz Fricke den von allen Seiten geführten Kampf gegen die „Bonzen“ und führt ihn auf das zurück, was ihm Anstoß und Grundlage gibt, nämlich auf den Kampf gegen die moderne Arbeiterbewegung selbst. Der Verfasser zeigt die Hetze gegen die „Bonzen“ einmal als Mittel der politischen Gegner im Kampf gegen die Arbeiterbewegung selbst. Man will die großen Organisationen schwächen und unwirksam machen, deshalb muß das Vertrauen der Masse in diese Organisation zerstört werden. Man glaubt dieses Ziel am besten zu erreichen, wenn es gelingt, das Vertrauen zur Führerschaft zu untergraben.

Aber auch mit den Stimmen im eigenen Lager setzt sich Fricke auseinander und schildert dann weiter die soziologische Bedingtheit des heutigen gewerkschaftlichen Führertums. Er behandelt weiter die Frage: „Führerschaft und Bürokratie“ und kommt zu dem Schluß: „Man sagt: ‚Kampf den Bonzen‘ und meint Kampf der Arbeiterschaft“.

Es ist notwendig, daß sich einmal eine Stimme zur Abwehr gegen die übliche und üble „Bonzen“-Hetze erhebt. Es wäre zu wünschen, daß dieser Artikel weiten Kreisen der Kollegen zugänglich gemacht wird. Das Heft enthält außerdem noch den Bericht der Berliner Gewerkschaftsschule für das Jahr 1929/30.

Zur Organisationsfrage der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen

Zur Zeit gibt es in Deutschland, so traurig es ist, ungefähr sieben Kriegsbeschädigtenorganisationen und Organisationchen, die alle behaupten, die Interessen der Kriegsgenossen zu vertreten. Gerade die jetzige Zeit mit dem im Reichstag angenommenen Verschlechterungen der Versorgung zwingt ein offenes Wort an alle beteiligten Kriegsgenossen zu richten und zu sagen, wohin sie gehören. Für alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, ob Kriegsbeschädigter, Kriegerwitwe, Kriegerwaise und Kriegereltern, kommt einzig und allein nur der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen in Frage. Denn alle Verbesserungen in der Versorgung der Kriegsgenossen seit Beendigung des Krieges sind nur dem machtvollen

Eintreten des Reichsbundes zu verdanken, insbesondere dem Reichstagsabgeordneten Roßmann, der im Reichsbund Bundesausschubvorsitzender ist. Die Hauptsache ist aber für uns die, daß der Reichsbund die einzige Organisation in Deutschland ist, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung steht und seine Tätigkeit neben der Vertretung der Kriegsgenossen eingestellt hat unter dem Motto: „Nie wieder Krieg!“ Dies bezeugt auch die nachstehende Entschliebung, die auf dem Bundestage in Dresden im Mai 1927 und auch heuer wieder in Mainz einmütig angenommen wurde. Dieselbe lautet:

„Die ungeheuren Opfer an Blut, Gesundheit und Lebensglück, welche der Weltkrieg von den Kriegsteilnehmern, Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen gefordert hat, würden keinen geschichtlichen Sinn haben, wenn sie nicht der Förderung hoher staats- und weltpolitischer Ideale gedient hätten. Diese Ideale sind: Die Erhaltung der Reichseinheit, die Stärkung der Staatsgesinnung durch politische Gleichberechtigung auf dem Boden einer demokratisch-republikanischen Verfassung und die Sicherung des Weltfriedens. Die im Reichsbund vereinigten Kriegsgenossen, diese Ideale als ein Vermächtnis der toten Brüder zu achten und gegen jeden Angriff mit Entschlossenheit zu verteidigen. In der Überzeugung, daß ihre eigenen sozialen Forderungen einen unlöslichen Bestandteil des Gesamtwohles darstellen, fordern sie die Kameradinnen und Kameraden im ganzen Reiche auf, in staatsfreundlicher und verantwortungsbewußter Mitarbeit der allgemeinen Wohlfahrt zu dienen, den Weltfrieden zu fördern und diejenigen Kräfte im Volke zu unterstützen, die der Republik einen sozialen Inhalt geben wollen.“

Darum, Kollegen, stärkt die Reihen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, damit wir dem Reichstag und Regierung sagen können, hier steht eine geschlossene Masse der Kriegsgenossen. Bei Übertritt aus anderen Organisationen werden die dort geleisteten Beiträge restlos angerechnet. Das Sterbegeld beträgt 90 Mk. Auskunfts erteilt jede Ortsgruppe; wo keine vorhanden ist, wende man sich an die Bundesleitung Berlin C 2, An der Straßauer Brücke 6.

A. O. Würzburg.

Inhaltsübersicht

- Hauptteil:** Das Ringen um die Massen. / Der „Interessentenhaufen“!
- Recht und Gesetz:** Das Verbrechen an die Arbeitslosen. / Eine gewaltige Organisation.
- Verband und Beruf:** Lohnabbau, III. Teil. / Tarifamt für das Deutsche Chemigraphiegewerbe.
- Literatur und Kunst:** Kunst, Dichtung und Arbeit. Zerbrochene Brücken.
- Kampf gegen die „Bonzen“.** / Zur Organisationsfrage der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. / Den Toten zum Gedächtnis.

Den Toten zum Gedächtnis!

1930.

† Am 29. Juni in Leipzig **Otto Le Petit**, Reproduktionsphotograph aus Leipzig, 19 J. alt, durch Ertrinken beim Baden. — Eingetr. in Leipzig am 29. Juli 1928 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 29. März 1925).

† Am 30. Juni in Hamburg **Ferdinand Riemann**, Steindrucker aus Berlin, 72 J. alt, infolge eines Straßenunfalles, krank i. W. — Eingetr. in Hamburg am 23. März 1919.

† Am 5. Juli in Saalfeld a. d. S. **Willi Brömel**, Steindrucker aus Unterworbach b. Saalfeld, 20 J. alt, an Lungentuberkulose, krank 1 J. und 15 W. — Eingetr. in Saalfeld a. d. S. am 1. April 1928 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 2. November 1924).

† Am 7. Juli in Berlin **Alfred Förster**, Steindrucker aus Berlin, 28 J. alt, an Lungentuberkulose, krank 68 W. — Eingetr. in Berlin am 10. Juni 1928.

† Am 7. Juli in Heilbronn a. N. **Heinrich Bartruff**, Steindrucker aus Heilbronn a. N., 56 J. alt, an Lungenleiden und Asthma, Invalide seit 29. Februar 1920. — Eingetr. in Heilbronn a. N. am 1. Februar 1898.

† Am 10. Juli in Aschersleben **Walter Knochenhauer**, Steindrucker aus Aschersleben, 26 J. alt, an Lungentuberkulose, krank 47 W. — Eingetreten in Aschersleben am 3. April 1921 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 15. April 1917).

† Am 11. Juli in Stuttgart **Franz Kupferer**, Steindrucker aus Kappelrodeck, 65 J. alt, an Arterienverkalkung, krank 4 W. und 2 T. — Eingetreten in Stuttgart am 1. Januar 1893.

† Am 13. Juli in Berlin **Otto Sennecke**, Steindrucker aus Berlin, 74 J. alt, an Altersschwäche, Invalide seit 1. November 1904. — Eingetr. in Berlin am 13. Februar 1893.

† Am 14. Juli in Aschersleben **Karl König**, Lithograph aus Aschersleben, 50 J. alt, an Lungentuberkulose, Invalide seit 21. März 1926. — Eingetr. in Aschersleben am 8. April 1906.

† Am 14. Juli in Berlin **Otto Blank**, Chemigraph aus Berlin, 56 J. alt, an Magenkrebs, krank zuletzt 55 W. — Eingetr. in Berlin am 16. November 1919 (vorher Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband seit 2. Juni 1919).

† Am 17. Juli in Hamburg **Max Schultz**, Lithograph aus Hamburg, 64 J. alt, an Herzleiden, krank 9 W. — Eingetr. in Hamburg am 1. Januar 1893.

† Am 18. Juli in Glauchau i. Sa. **Georg Schneider**, Steindrucker aus Bautzen, 37 J. alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Glauchau i. Sa. am 20. Februar 1927.

† Am 18. Juli in Leipzig **Hermann Fellmann**, Steindrucker aus Löbnitz i. Sa., 65 J. alt, an Schlaganfall, Invalide seit 29. April 1928. — Eingetr. in Leipzig am 28. Januar 1906.

† Am 20. Juli in Hannover **Albrecht Schulz**, Chemigraph aus Braunschweig, 44 J. alt, an Lungentuberkulose, krank 3 W. — Eingetr. in Braunschweig am 23. April 1905.

† Am 20. Juli in Berlin **Paul Jonscher**, Chemigraph aus Waldenburg-Altwater i. Schl., 58 J. alt, an Lungentuberkulose, krank 19 W. — Eingetr. in Berlin am 1. Januar 1900.

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Befügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. Der Vorstandsvorsitzende.